



Für bezahlbares Wohnen

> **Wir brauchen städtische Wohnungsunternehmen**

Gerade ist der neue Mietspiegel veröffentlicht worden. Er bestätigt, was alle längst wissen. Die Mieten in Berlin sind im Steigflug und die Lage wird vor allem für Menschen mit wenig Geld immer bedrohlicher. Aber was tut der Senat um gegenzusteuern? Zu wenig, zu spät und an entscheidenden Punkten das Falsche. Notwendig ist ein Gesamtkonzept, um den (noch) preiswerten Wohnungsbestand zu schützen, mit den eigenen Wohnungsunternehmen aktiv miet-

dämpfend zu wirken und neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen haben derzeit rund 280.000 Wohnungen, das sind rund 15 Prozent des Wohnungsbestandes. Mit dem im September 2012 geschlossenen Mietbündnis versprach der Senat, ihre mietdämpfende Funktion zu stärken. Aber die ersten Erfahrungen sind zwiespältig. Bei Neuvermietungen und Modernisierungen gibt es etliche Beispiele, bei denen städtische Gesellschaften ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht werden. Der Pankower Mieterprotest hat sich genau dagegen formiert.

Nur die Vorstände zu kritisieren, greift allerdings zu kurz. Die Unternehmen sollen kaufen und tun dies auch. Sie sollen bauen und sie beginnen damit. Sie sollen ihre Bestände sanieren und sind kräftig dabei. Und das alles ohne finanzielle Unterstützung des Landes. Jetzt sollen sie 600 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen, um zusätzlichen Neubau zu finanzieren. Aber wer bezahlt das, wenn nicht die Mieterinnen und Mieter? Auch bei den Unternehmen regt sich erste Kritik. Die LINKE verfolgt deshalb ein anderes

Schwerpunktthema

> **Mieterprotest gegen Gesobau**
... weiter auf Seite 3

> **Gewobag: sozial verträgliche Sanierung?**
... weiter auf Seite 4

> **Sozialgerichte kippen Mietrichtwerte**
... weiter auf Seite 5

> **Steigende Schülerzahlen in Pankow**
... weiter auf Seite 6

> **Links wohnt Gerechtigkeit**
... weiter auf Seite 7

Konzept, bei dem die städtischen Gesellschaften wirtschaftlich gestärkt und stärker in ihre soziale Pflicht genommen werden. Wir wollen ihr Eigenkapital aufstocken und die Unternehmensziele so präzisieren, dass dauerhaft bezahlbare Mieten auch nach Sanierung und bei Neuvermietungen garantiert sind. Nur als wirtschaftlich stabile Unternehmen können sie ihren Beitrag zu einer sozialen Wohnraumversorgung leisten. Das ist die politische Aufgabe.

Katrin Lompscher
Mitglied des Abgeordnetenhauses

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

› Volksbegehren

DIE LINKE hat vorgeschlagen, unnötige Wartezeiten in den Bürgerämtern zu verhindern. Zur Vereinfachung der Stimmgabe für Volksbegehren sollen die Formulare am Info-Point ausgelegt und die Abgabeböden in den Wartebereich verlegt werden.

› Energievolksbegehren

Der Antrag der Linksfraktion, das Anliegen des derzeit laufenden Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“ zur Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes und Gründung eines landeseigenen Stadtwerkes zu unterstützen, fand in der Bezirksverordnetenversammlung eine große Mehrheit und wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen.

› Ehrenmal

In der Nacht zum Tag der Befreiung am 8. Mai wurde das Sowjetische Ehrenmal in Buch durch neofaschistische Schmierereien geschändet. Die Linksfraktion verurteilte den Anschlag und erklärte: „Diese feige Schändung des Ehrenmals ist auch Mahnung an alle Demokraten, weiterhin entschieden für ein weltoffenes und tolerantes Pankow einzutreten.“

› Kunstwerke

Kunstwerke, die im Pankower öffentlichen Raum aufgestellt sind, werden bei Beschädigung derzeit nicht wiederhergestellt, sondern abgebaut und eingelagert. Das Bezirksamt beabsichtigt, ein Spendenprogramm für die Reparatur und Aufstellung zu starten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die eigentlich dafür vorhandenen Haushaltsmittel auch eingesetzt werden.

Einladung BVV-Sitzung

am 5. Juni

› 15. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Sozialverträgliche Sanierung

› BVV macht Druck auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften

Ein wichtiges Thema der 14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) waren die Mieten. In der mündlichen Anfrage von Dr. Nelken (Linksfraktion) ging es um den gescheiterten Versuch des Bezirksamtes, einen Vertrag zum Schutze der Mieter in Sanierungshäusern der Gewobag abzuschließen.

beiden Anträge fanden in der BVV eine große Mehrheit.

Die BVV stimmte auch einem Antrag der Linksfraktion einstimmig zu, der den Wohnungstausch in städtischen Wohnungsbaugesellschaften erheblich erleichtern soll. Das Bezirksamt wurde aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Mietern ermöglicht wird, „ihre



Bezirksamt in der Fröbelstraße

Im Verlauf der Tagung wurde dann das Gebaren eines weiteren städtischen Unternehmens, der GESOBAU, thematisiert. Der Ausschuss für Stadtentwicklung hat auf Initiative der Anwohner Forderungen für eine sozial verträgliche Sanierung formuliert. Mietsteigerungen sollen nach Modernisierungen begrenzt, die Modernisierungsmaßnahmen mit den Mieterinnen und Mietern abgestimmt und durch einen Sozialplan die Verdrängung der Bestandsmieter verhindert werden

DIE LINKE forderte in einem weitergehenden Antrag, die Mieterinnen und Mieter der GESOBAU auch bei anderen Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben vertraglich zu schützen. Auch eine kostengünstige Strom- und Wärmeversorgung soll dabei Beachtung finden. Zuerst sollte die GESOBAU alle Duldungsklagen gegen ihre Mieterinnen und Mieter aussetzen. Diese

Wohnungen zu günstigen Bedingungen gegen kleinere gleichwertige Wohnungen in gleichwertiger Lage im Bestand der Gesellschaften zu tauschen“, und zwar zum gleichen Quadratmeterpreis. Zudem sollten Mieter Wohnungen innerhalb der Gesellschaften tauschen und dabei die jeweils anderen Mietverträge übernehmen dürfen.

In der Beschlussfassung zu seniorenpolitischen Themen hat die Mehrheit der BVV eine Kehrtwende vollzogen. Während es bei der „Stillen Straße“ keine Mehrheit für einen Erhalt gab, forderte die BVV nunmehr in einem fraktionsübergreifenden Antrag das Bezirksamt auf, die „Herbstlaube“ und das Gründerzeitmuseum als integratives Museumsprojekt zu erhalten.



Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter

Pankower Mieterprotest

> Gegen Modernisierung à la Gesobau

Am Anfang stand das Aufbegehren von Mietern aus zwei Pankower Häusern gegen angekündigte umfangreiche und teure Modernisierungsmaßnahmen ihres Vermieters, erhebliche Mieterhöhungen sollten folgen. Sie wandten sich an die Pankower Politik, denn ihr Vermieter ist die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Gesobau. Im Februar trugen sie ihren Protest in den Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV). Sie forderten eine sozialverträgliche Modernisierung und bezahlbare Mieten.

Vorgaben des Bündnisses einhalte. Der Berliner Mieterverein widersprach heftig.

Die Protestkampagne der Gesobau-Mieter zeigt Wirkung. Bei einem Treffen der Gesobau mit dem Pankower Mieterbündnis und dem Bezirksamt am 15. Mai, erklärte die Gesobau, mit dem Bezirk einen Vertrag über die sozialverträgliche Durchführung von Modernisierungen abschließen zu wollen. Eine unabhängige Mieterberatung soll mit der Durchführung des Sozialplanverfahrens beauftragt werden. Die in



Werbeschild der GESOBAU in der Straße Am Schlosspark

Hatte nicht der Senat mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ein Bündnis mit diesem Ziel geschlossen?

Die BVV forderte im März einstimmig das Bezirksamt auf, sich gegenüber dem Senat und der Gesobau für eine sozialverträgliche Sanierung einzusetzen.

Zu einer ersten Gesprächsrunde, zu der das Bezirksamt die Gesobau und die Mietervertreter im März eingeladen hatte, kamen schon Vertreter aus drei Häusern. In den darauf folgenden Wochen schlossen sich Mieter weiterer Gesobau-Häuser aus Pankow und Weißensee an. Das Pankower Protestbündnis umfasst heute neun Häuser.

Linke und Grüne trugen den Fall als „Lackmustest“ für das Mietenbündnis von Senat und Wohnungsbaugesellschaften ins Berliner Abgeordnetenhaus. Senator Müller und Staatssekretär Gothe (beide SPD) stützen die Behauptung der Gesobau, dass sie die

dem Vertrag auszuhandelnden Konditionen sollen für alle Gesobau-Häuser im Bezirk gelten. Eine generelle Mietenkappung, wie von der BVV gefordert, sei aber nicht verhandelbar. Die Bauvorhaben seien erst einmal gestoppt. An denen Vertragsverhandlungen werden Vertreter der Mieter und der BVV teilnehmen.

Die LINKE Pankow kritisiert seit Monaten das sozial problematische Vorgehen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bei umfassenden Modernisierungen - ohne politische Resonanz. Der Pankower Mieterprotest hat dies nun geschafft. Er hat eine öffentliche Auseinandersetzung in Gang gesetzt, die über den Fall Gesobau hinausweist und die Unternehmenspolitik des Senats in den Focus der wohnungspolitischen Debatte rückt.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Rendite vor Vernunft

> Abriss des Wohnhauses Am Schlosspark 30-32

Obwohl sich die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) auf Initiative der Linksfraktion für Alternativen zum Abriss des Wohnhauses Am Schlosspark 30-32 ausgesprochen hatte, riss die GESOBAU das Haus im April ab.



Seit Monaten diskutiert die Stadt über fehlende Wohnungen für Studierende. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) traf sich sogar mit dem Studentenwerk. Der rot-schwarze Senat tut jedoch nichts. Dafür riss die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU ein durch sie aktiv entmietetes Gebäude einfach ab.

In dem Haus gab es 46 einfache Ein-Raum-Appartements. Die GESOBAU meinte, dass Sanierung und Umbau des 55 Jahre alten Gebäudes unwirtschaftlich sei. Einen Umbau zu einem Wohnhaus für Studierende mit einfachem Standard wollte die GESOBAU offenbar nicht.

Der Grund hierfür dürfte die exquisite Lage des Gebäudes sein: Die Straße Am Schlosspark ist mit unverbaubarem Blick in den Park am ruhigen Ende der Straße gelegen. Wenn Tegel schließt, ist das nebenan liegende Sommerbad die größte anzunehmende Belästigung in der Idylle. Hier lässt sich natürlich ein „niveauvoller“ Neubau völlig risikofrei gewinnbringend errichten und bewirtschaften.

Wie renditeträchtig wären demgegenüber Studierendenappartements?

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Gewobag

> **Saniert die kommunale Wohnungsbaugesellschaft nun sozial verträglich?**

Anfang 2012 kritisierte die Linksfraktion eine Vereinbarung des Bezirksamtes mit der Gewobag über die Durchführung von Modernisierungsvorhaben in fünf Häusern im Prenzlauer Berg. Hauptkritikpunkte waren neben Grundrißänderungen die geplanten Nettokaltmieten weit über dem Mietspiegelmittelwert zwischen 5,93 und 7,16 Euro je qm nach Modernisierung.

Die Kritik wurde vom Bezirksamt und der rot-grünen Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) abgeübelt. Inzwischen sind die Maßnahmen in drei Häusern durchgeführt. Sie verliefen für die Bestandsmieter in den 50er-Jahre-Wohnblöcken glimpflich, da für sie aus sozialen Gründen eine zusätzliche Mietbegrenzung erfolgte. Allerdings werden von Neumieter bis zu 9 Euro je qm nettokalt verlangt.

In zwei Häusern konnten auf Grund des Widerstandes der Mieter die Vorhaben bis heute nicht realisiert werden. Die Gewobag kündigte für das Haus in der Sredzkistraße 44

die Vereinbarung mit dem Bezirk auf, weil die Mieter auf einer Sanierung beharren, die sie nicht verdrängt.

Bezirksamt und Gewobag haben anscheinend dazugelernt. Für ein Modernisierungsvorhaben Erich-Weinert- Ecke Scherenbergstraße wurde jetzt eine generelle Kappung der Mieten nach Sanierung bei 5,47 Euro je qm vereinbart. Die Linksfraktion forderte deshalb in der BVV das Bezirksamt auf, für das Haus Sredzkistraße 44 mit diesen neuen sozialen Konditionen eine verbesserte Vereinbarung mit der Gewobag abzuschließen.

Die Mieter haben diese Initiative aufgenommen und in einem Schreiben an das Bezirksamt sich auf dieser Basis zu einer Verständigung mit der Gewobag bereit erklärt. Es bleibt abzuwarten, ob die Gewobag zu einer sozialverträglichen Sanierung auch in einem Gründerzeithaus im attraktiven Kollwitzplatz-Viertel bereit ist.

Michail Nelken
Bezirksverordneter



Vermietungsbüro der GEEWOBAG
in der Schwedter Straße 8



Michail Nelken

Kurz aus dem Kiez

> **Schulsporthalle**

In Niederschönhausen wurde die Schulsporthalle an die Grundschule im Hasengrund übergeben. Bezirksstadträtin Christine Keil (DIE LINKE) sagte: „Mit der Inbetriebnahme ist ein weiterer wichtiger Schritt zum Abbau der Defizite an Schulsporthallen im Bezirk gelungen.“

> **Wettbewerb**

Auch 2013 findet der Wettbewerb „Familienfreundlicher Betrieb Pankow“ statt. Das Bezirksamt will damit Pankower Unternehmer ehren, die ihre Mit-

Kurz aus dem Kiez

arbeiter/innen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen.

> **Städtepartnerschaft**

Im Mai besuchte Bürgermeister Köhne (SPD) mit einer Delegation Pankows die israelische Partnerstadt Ashkelon. Er führte Gespräche in Tel Aviv und Jerusalem. 2014 besteht die Städtepartnerschaft 20 Jahre.

> **„Herbstlaube“**

Der Rentnertreff „Herbstlaube“ im Prenzlauer Berg ist vorerst gerettet. Für 2013 erlässt die Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG der Senio-

Kurz aus dem Kiez

renfreizeitstätte die Miet- und Betriebskosten. Die Bezirksverordneten wollen über ein dauerhaftes Finanzierungskonzept für die Zeit ab 2014 beraten.

> **Jüdischer Friedhof**

Die Restaurierung eines großen Teils der Mauer des Jüdischen Friedhofs in Weißensee ist abgeschlossen. Mit der Sanierung wurden die nötigen Voraussetzungen zur Sicherung und Instandsetzung gefährdeter Wandgräber und Mausoleen geschaffen. 1,9 Millionen Euro stellten Bund und Land zur Verfügung.

Sozialgerichte kippen Mietrichtwerte

➤ **Die Regelungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung sind unwirksam**

Seit einem Jahr gibt es die Wohnaufwendungsverordnung (WAV), in der die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft für Arbeitslosengeld II-Beziehen-

ihrer Wohnung und dem angestammten sozialen Umfeld bleiben können.

Gegen beide Urteile sind Rechtsmittel möglich, aber der Senat sollte nun



Protest der Mieter/innen des Kreuzberger Fanny-Hensel-Kiezes

de, Rentner/innen mit Grundsicherung, Sozialhilfebeziehende und Menschen mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geregelt sind.

Nun wurde sie schon zum zweiten Mal von einem Gericht für unwirksam erklärt.

Das erste Urteil fällt das Sozialgericht im Februar. Es hielt die Richtwerte für zu niedrig, da sie oftmals nicht für die Miete reichen und Neuanmietungen von Wohnungen kaum möglich sind.

Im April erklärte auch das Landesozialgericht (LSG) die WAV für unwirksam. Die Heizkostenpauschale sei zu hoch, die Kosten der Unterkunft müssten „getrennt für Miete und Heizkosten geprüft“ werden. D.h., der Einzelfall muss geprüft und mögliche besondere Bedarfe errechnet und berücksichtigt werden.

Darüber hinaus hat das LSG die Sonder- und Härtefallregelungen bemängelt. Sie wurde von der früheren linken Sozialsenatorin Knake-Werner eingeführt. Sie ermöglichen z.B. Alleinerziehenden, Älteren u.a. eine Überschreitung des Richtwertes, damit sie in

die WAV überarbeiten und Rechtssicherheit schaffen.

Die getrennte Berechnung der Bruttokaltmieten und der Heizkosten kann zu mehr Gerechtigkeit führen. Bei der Einzelfallberechnung sind z.B. der individuelle Wärmebedarf oder der bauliche Zustand der Wohnung zu berücksichtigen. Insgesamt zieht dies einen höheren Arbeitsaufwand nach sich. Es ist mit mehr gerichtlichen Überprüfungen zu rechnen. Entsprechende Personalaufstockungen in den JobCentern und den Sozialgerichten sind notwendig.

Die Richtwerte für die Kaltmieten müssen neu berechnet werden. Unsere alte Forderung, dass als Berechnungsgrundlage neben der einfachen auch die mittlere Wohnlage und die besonders teuren Wohnungen von unter 40 Quadratmeter einzubeziehen sind, hat sich als richtig erwiesen. Die vom LSG beanstandeten Ausnahmeregelungen für Menschen mit besonderen Lebenslagen müssen erhalten bleiben, der Senat hat sie rechtlich abzusichern.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Haste Töne?

➤ **Ausführungsvorschrift sorgt für Totenstille**

Die Musikschulen Berlins setzen für ihre Angebote in hohem Maße auf freie Musikschullehrer. Bei der finanziellen Lage der Bezirke und den Vorgaben zum weiteren Personalabbau ist keine Trendwende zu erwarten. Auch bei der notwendigen personellen Ausstattung einer Verwaltung zur Organisation des Unterrichtes stellt sich der Senat stur.

Wiederholt machten die Musikschulen deutlich, dass in der Beschäftigungsstruktur auch ein arbeitsrechtliches Risiko liegt: Viele freie Musikschullehrer sind dadurch, dass sie fest in den Organisationsablauf eingeplant sind und vor allem für die Musikschule arbeiten, ihrer Lage nach Scheinselbstständige. Nun sucht der Senat das Heil in der heillosen Flucht. Zum 1. August sollen neue Vorschriften gelten, die von den Bezirken umzusetzen sind. Die freien Mitarbeiter sollen gezwungen werden, neue Verträge abzuschließen und fortan ihre Tätigkeit so abrechnen, als würden sie für einzelne Tätigkeiten und Unterrichtsstunden honoriert.

Die neue, einzelstunden- bzw. einzelleistungsgenaue Honorarabrechnung bedeutet durch ihren bürokratischen Aufwand die Lähmung der Lehrkräfte und der Musikschulverwaltung, verunmöglicht das ehrenamtliche Engagement und führt zur Senkung der Qualität des Musikunterrichtes. Zudem werden die freien Mitarbeiter auch wirtschaftlich schlechter gestellt. DIE LINKE ist solidarisch mit allen freien Lehrkräften der Musikschulen, die sich dieser Erpressung nicht beugen wollen. Wenn Berlin guten Musikschulunterricht will,

sollte sich das Land auch dazu durchringen, die Beschäftigungssituation zu verbessern.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter



Bedeutende Frauen Pankows

> Durch Straßenbenennungen würdigen

Ende April 2013 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) mit großer Mehrheit den Antrag der Linksfraktion „Bedeutenden Frauen einen würdigen Platz an einem zentralen Ort in Pankow geben“, der – mit Ausnahme der CDU – von allen Fraktionen mitgezeichnet wurde. Das Bezirksamt wird aufgefordert, Pankowerinnen durch Straßenbenennungen im Pankower Zentrum und im vorgesehenen Neubauviertel auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Pankow zu würdigen.

Schon 2003 hatte die BVV beschlossen, Frauen bei Um- und Neubenennungen zu berücksichtigen, um deren Unterrepräsentanz im Straßenverzeichnis aufzuheben. Es folgte eine beschämend unendliche Geschichte:

Nach zehn Jahren werden es gerade einmal zwei Frauen sein, die im Straßenbild Pankows neu erscheinen – in Französisch-Buchholz seit 2009 Martha Fontane und in Niederschönhausen Beatrice Zweig (im Antragsverfahren). Obgleich der Frauenbeirat in zwei Publikationen „SpurenSuche“ und in seiner Ausstellung zu Pankower Pionierinnen in Politik und Wissenschaft auf das Wirken hervorragender Frauen aufmerksam gemacht und dem Bezirksamt eine Namensliste für Straßenbenennungen vorgelegt hat.

Der im März auf Initiative der SPD-Fraktion gefasste Beschluss der BVV, ein Viertel in Karow mit bislang Nummernstraßen als Frauenviertel mit entsprechenden Namen umzubenennen, verkehrt die erwünschte Würdigung verdienstvoller Frauen in ihr Gegenteil: Frauen werden auf den ihnen zugewiesenen Platz verwiesen – an den Rand und auf Feldwege.

Helga Adler
Bezirksverordnete

Steigende Schülerzahlen

> Schul- und Kitaplätze für 4.000 neue Kinder sind gefordert

Seit Jahren freue ich mich darüber, dass Pankow ein junger kinderreicher Bezirk ist.

Rund 4.300 Kinder werden seit sechs Jahren jedes Jahr in Pankow geboren und junge Familien ziehen hinzu. Zum Vergleich: 2002 waren es knapp 3.000 Geburten. Seitdem gab es jedes Jahr kontinuierlich einen Anstieg

der pro Jahrgang aus der Kita in der Grundschule an. Das bedeutet, dass in den nächsten sechs Jahren etwa 4.000 Kinder eingeschult werden, aber nur 2.700 die Grundschule verlassen und in die Oberschule wechseln. Einige Kinder werden in Privatschulen gehen.

Für zwei Investitionsmaßnahmen – die Schulstandorte in der Pasteurstra-



Einschulung in der Elisabeth-Shaw-Grundschule in der Grunowstraße 17

der Kinderzahlen. Ein Beweis für die Attraktivität unseres Bezirks gerade für Familien.

Natürlich sind damit Herausforderungen für den Ausbau von Kita- und Grundschulplätzen verbunden. Für die wachsende Zahl der Grundschulkinder – in den letzten fünf Jahren gab es eine Zunahme um 3.400 Schüler – wurden alle bezirklichen Kapazitäten aktiviert. Zusätzlich zu durchgeführten Sanierungsmaßnahmen wurden fünf Grundschulen und zwei Gemeinschaftsschulen neu gegründet und eine Schule baulich erweitert. Mein Hochbauamt hat dafür Baumaßnahmen in einem Volumen von 132 Millionen Euro durchgeführt, 44 Millionen Euro aus dem Bezirkshaushalt, 88 Millionen Euro aus verschiedenen Fördertöpfen.

Und genau jetzt kommt der ganz große Schwung von über 4.000 Kin-

der 7-9 und der Conrad-Blenkle-Straße – läuft die Planung, zwei weitere sind neu angemeldet für einen Investitionsbeginn 2017. Kurzfristig müssen Erweiterungen auf sechs Schulstandorten über sogenannte „Mobile Unterrichtsräume“ vorgenommen werden. Dazu laufen die Verhandlungen mit drei Senatsverwaltungen.

Im Oberschulbereich kommt das Versorgungsproblem dann in fünf Jahren an. Auch hier sind Investitionsmaßnahmen angemeldet. Für alle Wohnbauvorhaben in Pankow muss zwingend die Schaffung von neuen Kita- und Schulplätzen vorgesehen werden. Das Land muss dafür Vorsorge für Grundstücke und Finanzmittel treffen.

Christine Keil
Bezirksstadträtin für Jugend und Immobilien

Links wohnt Gerechtigkeit

> Linke Vorstellungen zur Mietpolitik

Es ist keine Seltenheit, dass Menschen 50 Prozent ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben. Ergebnis der Politik aller Koalitionen vergangener Jahre. Sozialwohnungen sind verschwunden, Mieten gestiegen, Wohnungen zu Renditeobjekten geworden. DIE LINKE will eine Resozialisierung der Wohnungswirtschaft und dafür muss sich auf Bundesebene in der Mietpolitik und im dazugehörigen Mietrecht vieles ändern. Unsere Forderungen für eine Änderung des Mietrechts sind schnell umsetzbar, wenn sich eine politische Mehrheit dafür findet, es im Sinne und zum Wohle der Mieterinnen und Mieter zu reformieren.

Aus unserer Sicht darf die höchstmögliche Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete maximal fünf Prozent betragen. Energetische Sanierungsmaßnahmen sollen nur dann geduldet sein, wenn für Mieterinnen und Mieter keine unzumutbaren

Härten entstehen und wenn es klare Vorgaben für Energieeinsparungen gibt. Energetische Modernisierung



Foto: Rico Prauss

darf das Mietminderungsrecht nicht einschränken und Mieter/-innen- und Energieberatung müssen künftig kostenlos angeboten und gewährleistet werden. Ganz wichtig für DIE LINKE ist, dass eine ersatzlose Räumung der Wohnung nach einer Kündigung nicht mehr zulässig ist. Und auch ein Verzug

bei der Zahlung der Mietkaution darf kein Grund mehr für eine fristlose Kündigung sein.

Für uns ist es kein alter Hut, sondern aktueller denn je, zu sagen: Wohnen ist ein Grundrecht. Regierungen, die dieses Grundrecht zur Disposition stellen, verdienen es nicht, wiedergewählt zu werden.

Halina Wawzyniak
Bundestagsabgeordnete

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

7. Juni • 11 Uhr „Neue Energie für Berlin – Ein Stadtwerk für Berlin und Re-kommunalisierung des Stromnetzes“, Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Haus für Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4

10. Juni • 18 Uhr Basistag der Linksfraktion in der BVV Pankow, BVV-Saal, Fröbelstraße 17

• **19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes**, im Fraktionszimmer

11. Juni • 18.30 Uhr Forum der Partei DIE LINKE zum Thema Wohnen in Pankow, in der Stadtmission, Berliner Straße 44

12. Juni • 17 Uhr Sondersitzung der BVV zu seniorenpolitischen Fragen, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

13. Juni • 20 Uhr „Ein Abend zu 100 Jahren „Die Akkumulation des Kapitals“, Diskussion / Vortrag der Hellen Panke e.V., Referent: Prof. Michael Kraetke, im Monarch, Skalitzer Straße 134 (Kreuzberg)

14.-16. Juni • Bundesparteitag der LINKEN, in Dresden

18. Juni • 10 Uhr „Strukturen und ideologische Grundlagen der neuen Rechten in Südosteuropa“, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Helle Panke e.V., Kleine Alexanderstraße 28

19. Juni • 19 Uhr „Zypern – Sonderfall der Bankenrettung ... Modell zur Rettung europäischer Schuldenstaaten oder gar Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik der EU?“, Vortrag / Diskussion der Hellen Panke e.V., Referent: Axel Troost (MdB), Kopenhagener Str. 9

26. Juni • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes, in der Regionalgeschäftsstelle Nord

4. Juli • 10 Uhr „Gleiche Rente in Ost und West - Ein unerfülltes Versprechen“, Vortrag / Diskussion, Referentin: Martina Bunge (MdB), im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

10. Juli • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes, in der Regionalgeschäftsstelle Nord

24. Juli 2013 Pankow • 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes, in der Regionalgeschäftsstelle Nord

5. August 2013 • 18 Uhr Fraktions-sitzung der Linksfraktion, in der BVV im Fraktionszimmer



Stammtisch

> Die Wette

Kleine Besatzung. Unsere Frauen wollten das kraftvolle Trinken ihrer Männer am Stammtisch im „Eisernen Gustav“ nicht erleben. Sie blieben im Garten und vergnügten sich mit Maibowle. Peter, der schon einiges an Alkohol getrunken hatte, provozierte mit der Bemerkung: „Dieter Hoeneß hat Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Grund: Verstoß gegen die Verletzung des Steuergeheimnisses“. Manfred: „Das ist sicher ein Rat des Aufsichtsrates. Habt Ihr die Namen gelesen? Herbert Heiner, Adidas, Stadler, Audi, Höttges, Telekom, Winterkorn, VW. Sie alle sind Bosse der Industrie.



Sie werden ihren „Bruder“ mit ihren „Erfahrungen“ bestärkt haben. Es ist nicht das erste Beispiel dieser Art in Deutschland.“

Nun kam meine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen: „Sie alle haben mit Sicherheit ein Jahressalär in Millionenhöhe. Moral, soziale Verantwortung machen um diese Herren einen großen Bogen. Peter, ich biete eine Wette an. Der Prozess wird mit einer kleinen Geldstrafe enden. Und vor Beginn zeigt Hoeneß wahrscheinlich das Victory-Zeichen“.

Keiner nahm die Wette an. Nun konnten wir uns endlich dem Trunk ergeben. Was sonst? Es lebe der Männertag. Aber doch nie wieder ohne unsere Frauen. Prost!

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 21. Mai 2013
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 6.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint Ende Oktober 2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Sandra Brunner, Michail Nelken, MdB Büro Halina Wawzyniak

Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE Berlin
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
 BLZ: 100 200 00
 Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

4	7	2	9		1		6	
		3	6				7	
	5	6				4		
	9	7	3		8			
			2	1		5	3	7
	3	5				8		9
5	6			7			9	
	4	9		2	3	6	8	1
3			8			7		4

								1
			9		1	6		
7					4		2	
	3			4	6	7	9	
2	9		3			4		
6			1					2
5	6	7					4	
	8	3				1		9
					5		6	7

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.